



HAL
open science

Polizeigewalt und städtische Revolten in Frankreich.

Fabien Jobard

► **To cite this version:**

Fabien Jobard. Polizeigewalt und städtische Revolten in Frankreich.. Kriminologisches Journal - Krim J, 2024, 56 (1), pp.58. hal-04855719

HAL Id: hal-04855719

<https://hal.science/hal-04855719v1>

Submitted on 25 Dec 2024

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Fabien Jobard

Polizeigewalt und städtische Revolten in Frankreich. Der Sommer 2023

Police violence and urban revolts in France. The summer of 2023

Im Sommer 2023 brach in Frankreich eine Welle städtischer Revolten aus, wie sie das Land noch nie erlebt hatte: Ein halbes Tausend Städte waren betroffen, mehr als 10.000 Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt, sowie nahezu 300 Gebäude der Polizei oder Gendarmerie und mehr als 100 Rathäuser. Der Artikel geht auf die unmittelbaren Ursachen dieser Explosion ein und analysiert mit einem vergleichenden Blick auf die Aufstände von 2005 die möglichen Auswirkungen dieser Unruhen auf die Beziehungen zwischen der Politik und der unterprivilegierten Jugend einerseits und zwischen der Politik und der Polizei andererseits in einem Kontext, in dem ein tödlicher Polizeischuss zwar der Auslöser der Unruhen war, die Polizei aber gegen jegliche Kritik seitens der Regierungsverantwortlichen immun geblieben ist.

Schlüsselwörter: Städtische (urbane?) Gewalt, Polizeipolitik, Frankreich, Schusswaffengebrauch

In the summer of 2023, France experienced a wave of urban revolts the likes of which the country had never seen before: half a thousand cities were affected, more than 10,000 vehicles were set on fire, as well as nearly 300 police or gendarmerie buildings and more than 100 town halls. The article looks at the immediate causes of this explosion and, with a comparative look at the 2005 uprisings, analyses the possible impact of these riots on relations between politics and the underprivileged youth on the one hand and between politics and the police on the other, in a context in which a fatal police shooting was the trigger for the riots but the police remained immune to any criticism from those responsible for the government.

Keywords: Riots, Police, France, Police violence

Ein von einer Passantin in Nanterre am Dienstagmorgen 27. Juni 2023 aufgenommenes Video zeigt, wie ein Polizist einer Motorradeinheit mit seiner Schusswaffe auf den Fahrer eines glänzenden gelben Mercedes zielt, während er ihm hörbare, aber schwer verständliche

Befehle gibt. Der Mercedes fährt los und fast gleichzeitig löst sich der Schuss. Die junge Frau, die das Video aufnimmt, verfolgt die Fahrt des Autos, das kurz danach in eine Mauer kracht. Nachdem eine Polizeigewerkschaft bekannt gibt, dass ein Polizeibeamter in Nanterre gegen einen jungen illegalen Fahrer, der versuchte, ihn zu überfahren, Gebrauch von seiner Dienstwaffe machen musste, postet die von dieser Meldung empörte Frau das Video auf Twitter. Es wird innerhalb kürzester Zeit von hunderttausenden Menschen gesehen, und bereits am nächsten Tag 2,5 Millionen Mal angeklickt. Viele Beobachter:innen weisen darauf hin, dass der Polizist vor dem Schuss die Worte "Ich kicke (dich?)" gesagt haben soll. Viele stellen auch fest, dass sich die beiden Polizisten in den von der Kamera erfassten Momenten an der Seite des Fahrzeugs befanden, sodass sie von dem Auto nicht hätten überfahren werden können. Und wie in der überwiegenden Mehrheit der Fälle von tödlichen Polizeischüssen stellte sich heraus, dass der Fahrer des Fahrzeugs Sohn von nordafrikanischen Migrant:innen war. Der Betroffene lebte in einer bekannten Familie und war sehr gut in die sozialen Netzwerke von Nanterre integriert, was immer eine Welle der Identifikation junger Migrant:innen aus den Vorstädten mit dem Opfer auslösen kann (zu diesen Dynamiken siehe Jobard 2015).

Wenig überraschend brachen ab dem Abend des 27. Juni in verschiedenen Vierteln von Nanterre und in einem Dutzend umliegender Städte, einigen anderen Pariser Vorstädten sowie in Bordeaux und Lille Revolten¹ aus. Vom nächsten Tag an bis zum 5. Juli gab es in rund 500 Städten Revolten und laut dem Innenminister ca. 24.000 Brände auf öffentlichen Straßen, 12.000 ausgebrannte LKWs, 2.500 beschädigte oder angebrannte Gebäude, unter diesen 273 Polizeidienststellen, 105 Rathäuser und 168 Schulen, insgesamt Schäden in Höhe von Hunderten Millionen Euro, Tausende von Gerichtsurteilen, Hunderte von als verletzt registrierten Polizeibeamt:innen und aufgrund von Polizeieinsätzen ein Dutzend verletzte und eine getötete Person.

Es ist noch sehr früh, um soziologische Lehren aus der Dynamik der Aufstände zu ziehen. In Erwartung der ersten eigentlichen Forschungsergebnisse beschränkt sich dieser Artikel darauf, die wenigen Gewissheiten, über die wir verfügen, darzulegen und das Feld der Hypothesen bezüglich der Fakten oder der Kausalitäten, deren wir uns weniger sicher sind,

¹ Die Begrifflichkeit über die Geschehnisse wird hier unbestimmt. Solche Geschehnisse werden in Deutschland komischerweise als "Riots" gekennzeichnet, als ob solche Geschehnisse nur in englisch-sprechenden Räumen (USA, UK, Indien ...) vorstellbar wären (darüber Jobard 2016).

aber auch bezüglich der Bedeutung der Unruhen in der französischen Gesellschaft, abzustecken. Als Politikwissenschaftler möchte ich nur zwei Aspekte behandeln: die Art der Revolten im Jahr 2023 mit einem vergleichenden Blick auf 2005 einerseits und die unmittelbaren politischen Konsequenzen dieses Sommers 2023 andererseits.

Die Unruhen des Sommers 2023: the same old song?

Die Handlungsrepertoiren in 2023

Das erste Merkmal dieser städtischen Gewalt ist die Schnelligkeit ihrer Verbreitung. Im Jahr 2005 waren 200 bis 350 Gemeinden von den Unruhen "betroffen" – ohne, dass es einen Konsens über die objektiven Kriterien für Betroffenheit gegeben hätte. Im Jahr 2023 waren es nach Angaben der Behörden nicht weniger als 500 Gemeinden, die betroffen waren. Im Jahr 2005 war es in lediglich 25 „Départements“ (von 100) zu Unruhen gekommen, 2023 in 66 Départements.

Die Unruhen waren auch viel kürzer. Sie dauerten nicht länger als eine Woche, während die Unruhen von 2005 drei Wochen dauerten. Hier bleibt die Interpretation weitgehend offen. Für die Behörden sind die massiven Strafverfolgungsmaßnahmen und die Schnelligkeit/Härte der Strafjustiz die Hauptgründe für das schnelle Ende der Gewalt.² Dafür waren die Unruhen 2023 deutlich intensiver: Alessio Motta (2023) hat kürzlich Verwaltungsdaten zusammengestellt, um die Verbreitung von Straftaten im Jahr 2005 und im Jahr 2023 zu vergleichen.

Abbildung hier einfügen

Die Morphologie der Gewalt bietet eine Mischung aus den üblichen Krawallen in Frankreich und denen in London im Jahr 2011. An vielen Orten bestanden die ersten zwei oder drei Tage der Unruhen aus meist nächtlichen Versammlungen, bei denen öffentliche Gebäude angezündet und der Kontakt zu den Ordnungskräften gesucht wurde, um eine Konfrontation zu provozieren. Ein neues Phänomen stellten jedoch die Plünderungen dar: Diese Plünderungen von Geschäften aller Art (Lebensmittelgeschäfte, Geschäfte für den täglichen

² Wobei diese Schnelligkeit sehr relativ ist: Eine Woche ist immer noch eine lange Zeit, insbesondere im Verhältnis zu den „traditionellen“ Banlieue-Unruhen der 1990er-2000er Jahre, die meistens zwei Nächte hintereinander dauern (Lagrange/Oberti 2006).

Bedarf, Geschäfte für elektronische Güter) gab es 2005 viel seltener, während beispielsweise Fahrzeuge, aber auch private oder öffentliche Unternehmen im großen Ausmaß in Brand gesetzt worden waren (Autohäuser oder Busdepots).

Welche Gebiete und welche Akteure?

Wie schon 2005 haben viele Beobachter:innen eine Ausbreitung dieser Protestformen außerhalb der üblichen Aufruhrgebiete festgestellt, bei denen es sich um die armen Vorstädte der großen Ballungszentren wie Paris, Lyon, Lille, Straßburg und Toulouse handelt (Jobard 2015). Und wie im Jahr 2005 waren nur sehr wenige Städte im Zentrum, im Westen des Zentralmassivs und in der Bretagne betroffen.

Das führt uns zu einer anderen, entscheidenden Frage, nämlich der nach den Randalierer:innen selbst. Wer waren sie? Bisher liegen uns nur Informationen über die Personen vor, die von der Polizei festgenommen und während der Unruhen und in den Tagen danach der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurden.³ Wie viele waren unter den Aufständischen? Das wissen wir nicht. Die Eigenschaft "Rioters" ist legal nicht definiert. Erstens gibt es keinen Straftatbestand "Riot", sondern eine Reihe von Straftaten (so summarisch wie: Diebstahl), die im Kontext mit dem Aufruhr stehen. Zweitens reichte in diesen Nächten die bloße Tatsache, dass man das Haus verließ, um zu sehen, was passierte, und sich so einer Versammlung (und sei es auch nur von einem Dutzend Personen) anzuschließen, um in die sehr vage Kategorie der "Rioters" zu fallen.

Die Behörden gaben an, dass zwischen dem 27. Juni und dem 7. Juli 4.164 Personen wegen Handlungen im Zusammenhang mit den Unruhen an die Staatsanwaltschaft verwiesen wurden.

Was das Profil der von den Polizist:innen festgenommenen Personen betrifft, so waren etwa 3000 volljährig, etwa 1000 minderjährig; weniger als 300 waren Frauen; ein Viertel waren im Ausland geborene Personen. In einer besonders anspielungsreichen und nicht öffentlichen Notiz teilte die Polizeipräfektur (d. h. die Polizei von Paris und den drei umliegenden Vorortdepartements) Folgendes mit:⁴ „Eine große Mehrheit der festgenommenen

³ Bei einer ganzen Reihe von Straftaten, insbesondere bei den schwerwiegendsten, werden die Täter aufgrund der für ihre Identifizierung erforderlichen Zeit (noch) nicht in diesen Statistiken erfasst.

⁴ Die Notiz durfte ich lesen, jedoch keine Kopie davon machen.

Randalierer:innen sind junge Männer mit französischer Staatsangehörigkeit, aber mit Migrationshintergrund (2. oder 3. Generation), hauptsächlich aus dem Maghreb oder aus Subsahara-Afrika“. Nicht nur ist „eine große Mehrheit“ merkwürdig ungenau, sondern vor allem gibt es kein Verwaltungssystem bei der Kriminalpolizei, mit dem Informationen über die Vorfahren französischer Staatsbürger:innen gesammelt werden können, und schon gar nicht in einer Zeit übermäßiger polizeilicher Aktivität. Angesichts der betroffenen Banlieuegebiete, in denen ein überproportionaler Anteil von Migrant:innen wohnen, ist die Notiz sowohl soziologisch dürftig als auch wenig überraschend.

Die Statistikabteilung des Justizministeriums hat ein „Panel“ mit 395 Akten von volljährigen Personen zusammengestellt, die am 31. Juli 2023 rechtskräftig verurteilt wurden (IGA-IGJ 2023). Dieses Panel, das "repräsentativ" (ebd.: 23) sein soll, zeigt, dass 30 % dieser Personen keinen Schulabschluss (fast doppelt so viel wie in der französischen Gesamtbevölkerung) und 38 % einen Abschluss unterhalb des Abiturs haben. Die Hälfte derjenigen, die weder Gymnasiast:innen noch Student:innen sind, sind arbeitslos oder haben keine gemeldete Beschäftigung. 43 % dieser verurteilten Personen haben mindestens einen Eintrag im Strafregister. Diese hohe Quote von Vorbestraften erklärt sich zum Teil durch eine Auswahlverzerrung: Die Staatsanwaltschaft leitet tendenziell Fälle weiter, bei denen sie davon ausgeht, dass sie gerade wegen des Strafprofils des Angeklagten zu einer Verurteilung führen werden, und dies umso mehr in Zeiten, in denen sie eine beträchtliche Masse an überstellten Personen in einem besonders kurzen Zeitraum bearbeiten muss.⁵ Ebenso entscheidet sich die Polizei dafür, von den Personen, die sie oft festgenommen hat, nur diejenigen der Staatsanwaltschaft vorzuführen, die bereits vorbestraft sind.⁶

Alle diese Daten sind nur als Anhaltspunkte zu verstehen. Ob es sich bei den Indikatoren um die sozioökonomische Zusammensetzung der Gebiete oder die sozialen Zugehörigkeiten der verhafteten Personen handelt, alles deutet auf einen hohen Anteil von Armut und sozialer

⁵ Laut dem CEPEJ (Council of Europe European Commission for the Efficiency of Justice, Bericht 2022) sind die öffentlichen Ausgaben für die Justiz in Frankreich nur halb so hoch wie in Deutschland (70€ vs. 140€ pro Jahr). Die Zahl der Richter:innen und Staatsanwäl:innen pro Einwohner:in ist weniger als halb so hoch: 11 vs. 25. Diese Kargheit des Justizsystems erklärt seine geringe Fähigkeit, einen Schock wie den der Unruhen im Sommer 2023 aufzufangen. Polizist:innen, Staatsanwäl:innen und Richter:innen machten einfach so schnell wie möglich, ohne große Rücksicht auf die Sachlichkeit der verfolgten Tatsachen.

⁶ Ob diese an die Staatsanwaltschaften vorgestellten Festgenommenen dem Profil der Rioters entspricht, ist durch die Selektionsmechanismen zugunsten der Effektivität der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft natürlich sehr fraglich. In Abwesenheit von weiteren Informationsquellen strahlt die polizeiliche bzw. staatsanwaltliche „Kraft des Faktischen“ (von Dömming/Pichl 2023: 248).

Ausgrenzung hin. Hinzu kommt höchstwahrscheinlich der Migrationshintergrund, da sich die ärmsten städtischen Jugendlichen und/oder die Jugendlichen mit den niedrigsten Bildungsabschlüssen hauptsächlich aus den Nachkommen von Einwander:innen rekrutieren (Jossin et al. 2012).

Trotz des Mangels an genaueren Daten will ich mich im Folgenden mit dem Stellenwert dieser Ereignisse in der Politik befassen und dabei drei spezifische Bereiche unterscheiden: Tod, Polizei, Jugend.

Die Bedeutung der Aufstände im politischen System Frankreichs

In Frankreich führt das wiederholte Auftreten solcher Ereignisse zu der Auffassung, dass der Aufruhr oder, weiter gefasst, kollektive Gewalt ein integraler Bestandteil der Politik sind. Diese Behauptung einer vollständigen Integration der Unruhen in das politische System hebt sich von der üblichen Kompartimentierung der Forschung in Gewaltforschung und Bewegungsforschung ab (Fillieule/Jobard 2024). Sie will das „Unbehagen gegenüber diffusen, überwiegend ungeplanten und schwach organisierten Massenereignissen“ (wie die Unruhen im Sommer 2023) und die günstige Aufmerksamkeit der Forscher:innen für „politische Ausdrucksformen, die nicht ohne weiteres mit dem Bild von Protestbewegungen als adaptive, politisch rationale Kollektivakteur*innen vereinbar sind“ (Malthaner 2023: 236) überwinden. Welche Bedeutung haben Riots in der politischen Ordnung Frankreichs?

Die politische Macht und der Tod

Wenn es einen großen Unterschied zwischen den Ereignissen im Jahr 2005 und denen im Jahr 2023 gibt, dann ist es die Reaktion der Regierung in den Tagen bzw. Stunden nach der Bekanntmachung der tödlichen Geschehnisse. Als zwei 17-Jährige 2005 vor einer Identitätskontrolle wegliefen (sie hatten Bereitschaftspolizist:innen gesehen, deren vorrangiges Handlungsrepertoire die Kontrolle ist), dann in einer Transformatorenstation Zuflucht suchten und durch einen Stromschlag starben, bezeichnete die Regierung, allen voran Innenminister Nicolas Sarkozy, die beiden toten Jugendlichen sofort als Kleinkriminelle, die auf einer Baustelle Diebstähle begangen hatten (sie waren jedoch gerade von einem Fußballtraining zurückgekommen), und verneinte jegliche Verantwortung der Polizei für ihren Tod.

Im Jahr 2023 verurteilt die Regierung und ihre parlamentarische Mehrheit den polizeilichen Schuss einhellig. In der Nationalversammlung wird eine Schweigeminute eingelegt. Der Innenminister, ein ehemaliger Mitarbeiter von Nicolas Sarkozy, erklärt, die gefilmten Bilder seien "extrem schockierend" und der Schuss würde "offenbar nicht dem entsprechen, was wir wollen". Präsident Emmanuel Macron geht sogar noch weiter und hält die Tat des Polizisten für "unentschuldigbar". Der Staatsanwalt von Nanterre leitet eine Untersuchung wegen vorsätzlicher Tötung ein und setzt den Polizisten, der den Schuss abgegeben hat, in Untersuchungshaft. Diese Untersuchungshaft wird weitreichende Folgen für die strategischen Interaktionen zwischen der Regierung und den Polizeigewerkschaften haben.

Die Reaktion der Behörden in den Tagen nach dem Tod des jungen Mannes zeugt von einer historischen Umkehrung: Die Kraft der Bilder und vor allem des Tons (die auf eine Absichtlichkeit des Schusses hindeuten) scheinen sich als exklusives Narrativ im gesamten öffentlichen Raum durchzusetzen und verengen den Raum für andere Äußerungen als die der Ablehnung des Schusses. In dieser Hinsicht reiht sich der Tod des jungen Mannes in eine Reihe von weltweit rezipierten (insbesondere US-amerikanischen) Ereignissen ein, wie die Verprügelung von Rodney King 1991 oder der langsame Todeskampf von George Floyd 2020. In Frankreich waren die Reaktionen der Regierung ebenfalls auf die Verurteilung von Polizeiaktionen ausgerichtet, als Film- und Tonaufnahmen zeigten, wie Pariser Polizisten im Januar 2020 einen jungen Motorradfahrer, Cédric Chouviat, erstickten, oder als Videoüberwachungskameras zeigten, wie Polizisten im Dezember 2020 in Paris einen afrodeszendenten Musikproduzenten in seinem eigenen Musikstudio verprügelten (Fillieule/Jobard/Wuillemier 2024). Im ersten Fall hatte Emmanuel Macron die Polizei öffentlich ermahnt und die Institution aufgefordert, ihm Vorschläge zur Einhaltung der Berufsethik durch ihre Beamt:innen zu unterbreiten (letztlich wurde kein Vorschlag vorgelegt). Im zweiten Fall zeigte der Innenminister vor dem Rechtsausschuss der Nationalversammlung Reue und rief eine große nationale Konferenz rund um Polizeifragen ins Leben (die zu nichts führte), während Präsident Macron "Bilder, die uns beschämen" anprangerte und zum zweiten Mal Vorschläge zur Verbesserung der Berufsethik der Polizei forderte (zum zweiten Mal ohne Wirkung).

Diese unmittelbaren Reaktionen der Regierung gehören in den Bereich der symbolischen Politik: Es sind Worte, keine politische Maßnahmen, und aus den Klammern des vorherigen

Absatzes lässt sich erahnen, dass die Verbindung zwischen Worten und tatsächlichen Maßnahmen im Bereich der Polizeiarbeit sehr vage ist. Man könnte die berühmte These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Murray Edelman (1977) über die Programme zur Bekämpfung der Armut aufgreifen: words that succeed, policies that fail? Im Sommer 2023 versagten aber sogar die Worte: In einer scheinbar völligen Gleichgültigkeit gegenüber der Meldungen aus der Politik gingen die Jugendlichen in Massen auf die Straße und verübten eine Woche lang die schwersten Unruhen, die Frankreich seit Mai 1968 erlebt hatte.

Die politische Macht und die Polizei

Zunächst einmal ist die Polizei in Frankreich seit 1941 eine zentrale Institution in den Händen der Regierung, insbesondere des Innenministers. Dies hat zur Folge, dass die Polizei von den Innenminister:innen häufig als Gebrauchsgut zur Gewinnung von Macht eingesetzt wird (Laumond/Morisse 2023). Zweitens sind die Institutionen zur Kontrolle der Polizei schwach – insbesondere die parlamentarischen Institutionen sind viel schwächer, als sie es in Deutschland sind. Und schließlich wird der zeitgenössische französische Kontext in zweifacher Hinsicht geprägt: zum einen durch die Häufigkeit und die Härte von terroristischen Anschlägen,⁷ zum anderen durch die gewaltförmigen Bewegungen, die die politische Bedeutung der Polizei bei der Verteidigung der Institutionen, der öffentlichen Ordnung und der Bevölkerung erhöhen und sie gegen jegliche Kritik aus den Reihen der Regierung immunisieren (Jobard 2021; Mouhanna 2021; Fillieule/Jobard 2024).

Im Sommer 2023 führte der Tod des jungen Mannes, der von der Justiz mit der Verfolgung des Polizisten und seiner Inhaftierung ordentlich behandelt wurde, bereits am Tag der Ausstrahlung der Bilder zu Unruhen, die die Polizei wiederum unentbehrlich machten. Der Minister kündigte an, 45.000 Polizist:innen und Gendarmen zu mobilisieren, darunter auch Spezialkräfte vom Typ RAID (eine Art SEK), die noch nie zuvor bei der Bewältigung solcher Ereignisse eingesetzt wurden (ihre Beamt:innen verursachten während ihres Einsatzes mehrere Verstümmelungen und den Tod einer Person). Der Justizminister gab am 30. Juni eine Mitteilung an alle Staatsanwaltschaften heraus, in der er zu maximaler Härte gegen die Verhafteten aufrief. In der öffentlichen Meinung wurde die Vorstellung der "thin blue line"

⁷ Zwischen 2015 und 2023 wurden insgesamt mehr als 260 Personen (darunter häufig Polizist:innen und Gendarmen) bei mehr als 20 terroristischen Anschlägen in Frankreich getötet. Der ständige Druck von Terrorismus in Frankreich hat 2017 zu einer Änderung des Gesetzes zum Schusswaffengebrauch durch die Polizeibeamt:innen geführt, die konkret zu einem erheblichen Anstieg der Schüsse geführt hat. 2022 wurden 13 Menschen in vergleichbaren Situationen wie die in Nanterre im Juni 2023 von Polizeibeamten erschossen.

(Bittner 1970, 119; Wall 2020) zwischen Ordnung und Chaos deutlich reaktiviert. Dies galt umso mehr, als die Polizei aufgrund des auslösenden Ereignisses massiv von den Protestierenden ins Visier genommen wurde: Fast tausend Polizist:innen, Gendarmen und Feuerwehrleute wurden als verletzt gemeldet,⁸ 250 Polizei- und Gendarmeriestationen wurden angegriffen (von einfachen Steinwürfen bis hin zu Angriffen mit Autos und sogar LKWs und sehr oft auch mit Feuerwerksraketen) – die Polizei wurde vom Täter zum Opfer.

In einem solchen Kontext ist jegliche Kritik an der Polizei durch die Regierung kaum möglich. Dies gilt umso mehr, als die Polizeigewerkschaften schnell ihre Stimme erheben. Zunächst verbreitet die sehr mächtige Gewerkschaft Alliance (siehe Anmerkung) ein Flugblatt, in dem sie von „wilden Horden“ und „Schädlingen“ spricht, die die Randalierer seien, und der Regierung hinter vorgehaltener Hand mit Sezession und Ungehorsam gedroht hätten.⁹ Vor allem aber entstand eine sehr breite Protestbewegung gegen die Untersuchungshaft des Polizisten aus Nanterre. Diese Bewegung wurde von den staatlichen Behörden sehr ernst genommen. Der Polizeipräfekt Laurent Nuñez erklärte, dass „vor einem möglichen Strafprozess ein Polizist nicht ins Gefängnis gehört“, und der Generaldirektor der Polizei ließ verlautbaren, dass „das Wissen um den Polizisten im Gefängnis ihm den Schlaf raubt“ und dass „in dieser Art von Fällen die Inhaftierung nicht die Lösung ist“.

Im Laufe des Julis erreichte der Druck, den die Polizeigewerkschaften auf die Regierung ausübten, einen Höhepunkt. Der Innenminister besuchte zusammen mit dem Polizeidirektor und dem Polizeipräfekten ein Pariser Polizeikommissariat, das seit der Veröffentlichung eines verdeckten Journalisten (Gendrot 2020) für die Gewalttätigkeiten seiner Beamt:innen bekannt ist. Dort erklärte er, dass er „diese Emotionen, diese Wut und diese Traurigkeit“, die von den Polizist:innen zum Ausdruck gebracht wurden, verstehe. Am Abend empfing er die Polizeigewerkschaften und versprach ihnen eine gesetzliche Bestimmung, die ihnen im Falle einer Verfolgung von Gewalt im Dienst besondere Verfahrensbestimmungen einräumt.

⁸ Ein:e Polizist:in gilt als verletzt, wenn er:sie sich zum Arzt seiner Dienststelle begibt, auch wenn er:sie dadurch von der Arbeit freigestellt werden möchte. Die Zahl umfasst also Verletzte, Arbeitsverweigerungen, Anreize von Vorgesetzten oder Gewerkschaften, sich verletzt zu melden, um diesen oder jenen symbolischen Vorteil zu erhalten, usw. Ein besserer Indikator wäre die Zahl der ins Krankenhaus eingelieferten Polizist:innen. In dieser Hinsicht deuten Pressequellen auf vielleicht 70 „schwer verletzte“ (Bronner 2023: 22).

⁹ „Kapitulieren bzw. die Waffen niederlegen sind nicht die Antworten“: Diese Erwähnung in dem Flugblatt deutet darauf hin, dass solche Handlungen eigentlich in den Bereich des Möglichen fallen. Zur Rhetorik der Drohung bei den Polizeigewerkschaften siehe Noûs 2019 und zu diesem konkreten Flugblatt siehe Epstein/Guenot/Jobard 2023.

Diese "strategic moves" (Schelling 1980, 119) sind wesentlich für die Einbindung der Politik in eine permanente strategische Interaktion mit den Polizeigewerkschaften. Der Schlagabtausch während des Sommers zwischen Polizei und Regierung zeigt eine Dynamik in zwei Phasen. In der ersten Phase bot das polizeiliche Schussfeuer ein Opportunitätsfenster für die Regierung für eine Kritik an der Polizei, wozu sie im UNO vom Hohen Kommissar für Menschenrechte ermutigt wurde.¹⁰ Doch die Krawalldynamik führte vom ersten Tag an dazu, dass die Polizei zur einzig denkbaren Lösung für die Unordnung wurde: Der Raum, der der Kritik an der Polizei zur Verfügung stand, wurde wieder zum alleinigen Eigentum der außerparlamentarischen linken Kräfte und einer einzigen, minoritären Parlamentsfraktion. Den ganzen Sommer über schloss sich das Zeitfenster für Kritik mit dem Schlagabtausch zwischen Polizei und Regierung; nach Schellings Kategorien ein "offener" Schlagabtausch, da er größtenteils in der Presse ausgetragen wurde. Die Polizei, die die Unruhen ausgelöst hatte, hatte am Ende des Sommers ihre strukturelle Immunität zurückgewonnen.

Die politische Macht und die Banlieue-Jugend

Kollektive Gewalt kann sich als Mittel zur Aktivierung von öffentlichen Programmen erweisen. Denn in Frankreich, sagen wir es brutal, zahlt sich der Aufruhr aus. Beispielsweise hat die Gelbwestenbewegung aufgrund ihres Ausmaßes und ihrer Gewalttätigkeit zu zusätzlichen öffentlichen Ausgaben geführt, die auf rund 17 Milliarden Euro geschätzt wurden. Zwei Tage nach einem besonders gewalttätigen Samstag des Gelbwestenprotestes, dem 1. Dezember 2018 (Jobard 2021), hielt Präsident Macron am 3. Dezember eine Fernsehansprache, in der er eine Reihe von "starken und konkreten" Maßnahmen vorschlug, wie er es ausdrückte. Zwischen Maßnahmen zugunsten des Mindestlohns und verschiedenen vom Staat gezahlten Prämien oder Steuerbefreiungen wurde das erste Paket dieser Maßnahmen auf 10 Milliarden Euro geschätzt. Ende April 2019, als der Präsident als Reaktion auf die anhaltende soziale Bewegung eine große Tournee mit erläuternden Reden in ganz Frankreich unternahm (die als "Grand Débat National" bezeichnet wurde), räumte er ein neues Maßnahmenpaket ein, das insbesondere auf Steuersenkungen und Rentenerhöhungen

¹⁰ Am Tag nach der Ausstrahlung der Bilder forderte die internationale Organisation die französische Regierung auf, "die tiefgreifenden Probleme des Rassismus und der Diskriminierung unter den Ordnungskräften ernsthaft anzugehen" (UN Info, 30. Juni 2023).

abzielte und in das im Herbst 2020 verabschiedete Haushaltsgesetz aufgenommen werden sollte; die zusätzlichen Kosten wurden auf 7 Milliarden Euro geschätzt.¹¹

Sollte man aus dieser Episode schließen, dass „in Frankreich nur durch Gewalt Gehör zu finden ist“ – eine These, die Journalist:innen bei den Gelbwesten-Demonstrationen vor Ort immer wieder hörten (Fillieule/Jobard 2024), dann sollte auch ermittelt werden, ob die städtischen Unruhen im Jahr 2023 den Randalierer:innen Vorteile gebracht haben. Die Antwort auf diese Frage ist schwierig und kann zum jetzigen Zeitpunkt nur vorläufig sein.

Zunächst kann ein Vergleich angestellt werden. Die größte Auswirkung der Unruhen von 2005 bestand für die betroffenen Bevölkerungsgruppen in einer Verschärfung der repressiven Maßnahmen gegen junge Männer, die sich ‚untätig‘ in den benachteiligten Quartieren herumtreiben. Bildung von Polizeiteams, die auf Gruppengewalt spezialisiert sind, auf Kosten der traditionellen Polizeiteams, Bewaffnung der Polizist:innen mit Gummigeschossgewehren, Verschärfung der Jugendgerichtsbarkeit, Erhöhung der Strafen für Gewalttaten in Gruppen, Schaffung neuer Straftaten, die auf die Ansammlung von Jugendlichen auf öffentlichen Straßen abzielen... Die Hauptwirkung der Unruhen von 2005 war eine deutliche Verschärfung der gegen die männliche Banlieuejugend gezielten polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen. Die Bilanz der Unruhen von 2005 ist daher für die Mobilisierten und deren Angehörigen überwiegend negativ.

Was die Bilanz der Unruhen im Jahr 2023 betrifft, so muss sie noch geschrieben werden. Die Premierministerin hat in aller Eile ein sogenanntes „Neugründungstreffen“ rund um die Frage der städtischen Unruhen am 5. Oktober 2023 in Auftrag gegeben, um weitreichende Maßnahmen zur Unterstützung armer städtischer Gebiete auf den Weg zu bringen. Doch dieses in aller Eile vorbereitete Treffen führte zu keiner einzigen umfassenden Haushaltsmaßnahme zugunsten der betroffenen Gebiete oder Bevölkerungsgruppen. Auf rein polizeilicher Ebene sind die einzigen Maßnahmen, die die Regierung bislang geäußert hat, solche, die ein Sonderstrafverfahren zum Schutz von Polizist:innen ermöglichen, gegen ein vages Versprechen von Sanktionen, wenn sie ihre Bodycams nicht einschalten oder ihre Kennzeichnungsnummer nicht sichtbar tragen. Das ist mager. Der Spannungsausgleich zwischen Politik und Polizei wird sich keinen Millimeter verändern.

¹¹ Zu diesen Berechnungen siehe die Stellungnahme des Hohen Rates für öffentliche Finanzen von 2019 (HCFP 2019).

Was die randalierenden Bevölkerungsgruppen betrifft, so zogen sie, außer wenn eine gewisse Romantik zur verlorenen Revolte oder eine proletarische Märtyrologie gehegt wird, keinerlei Nutzen aus ihren Aktionen. Zunächst einmal durch das Ausmaß der Repression: Zwischen 4000 und 4500 Personen wurden zwischen dem 27. Juni und dem 7. Juli von der Polizei wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem Aufstand festgenommen und dem Staatsanwalt vorgeführt, Ende Juli wurden schon ca. 2.500 volljährige Personen wegen Straftaten im Zusammenhang mit den Krawallen verurteilt, 60% von ihnen zu unbedingten Haftstrafen. Hunderte weitere wurden seit Ende Juli festgenommen, da die Ermittlungen voranschreiten. Das sind im Endeffekt Tausende von jungen Männern, die in den Polizeiregistern stehen und bei denen jede Identitätskontrolle, die in Frankreich sehr verbreitet ist, ein hohes Risiko birgt, dass sie zu schwerwiegenden Maßnahmen führt (Oberwittler/Roché 2022).

In diesem Stadium kann man zwar „mit städtischer Gewalt Politik machen“ (Jobard 2019), doch die Gewinne, die die Randalierer:innen aus ihren Taten erwarten können, sind letztendlich sehr mager. Zu den Verlusten an materiellen Gütern und Chancen auf ein friedliches Leben kommt der Verlust an symbolischen Gütern, allen voran die Delegitimierung ihrer Taten in den Augen der Öffentlichkeit und der unverhoffte Gewinn für die konservativen Strömungen bzw. Parteien, nicht von den radikalen Rechten zu sprechen.

Fazit

Dieser Text stellt erste - noch zum Teil spekulative - Überlegungen an, die auf Analysen von ehemaligen Geschehnissen (den Unruhen der 1990er und 2000er Jahre) und noch sehr schwachen aktuellen Daten beruhen. In den kommenden Monaten und Jahren werden wir über Daten verfügen, die zweifellos zuverlässiger und tiefgreifender sind als die hier dargelegten. Mein Beitrag zielte darauf ab, Größenordnungen festzulegen und ganz nebenbei die Überlegungen über den Stellenwert kollektiver Gewalt für die Führung einer Regierung und die Existenz einer Gesellschaft (was ich mit Olivier Fillieule *Politiken der Unordnung* genannt habe) zu nähren. Zweifellos erlauben es diese Überlegungen, die Situation mancher Gesellschaften zu beleuchten, in denen kollektive Gewalt eher ein übliches Phänomen als ein außergewöhnliches Ereignis ist.

Literatur

- Bittner, Egon (1970): *The Functions of the Police in Modern Society*, Chevy Chase, National Institute of Mental Health.
- Bronner, Luc (2023): „La police, corps à vif“, *Le Monde*, 28. September, 22-23.
- Edelman, Murray (1977): *Political Language. Words That Succeed, Policies That Fail*, Academic Press.
- Epstein, Renaud/Guenot, Marion/Jobard, Fabien (2023): *Emeutes urbaines, sciences sociales et action publique*, in: *Zilsel* 13, 11-22.
- Fillieule, Olivier/Jobard, Fabien (2024): *Politiken der Unordnung*, Wiesbaden, VS.
- Fillieule, Olivier/Jobard, Fabien/Wuillemier, Anne (2024): *Protest and Repression During Macron's Presidency*, in: Collard, Suzan (Hg.): *Revolution Revisited: the Macron Presidency 2017-2022. The Limits of Political Change in France*, London, Routledge.
- Gendrot, Valentin (2020): *Flic*, Paris, Editions de la Goutte d'Or.
- HCPF (2019): *Avis du Haut Conseil aux Finances Publiques relatif aux prévisions macroéconomiques associées au programme de stabilité pour les années 2019 à 2022*, Paris.
- IGA-IGJ (2023): *Mission d'analyse des profils et motivations des délinquants interpellés à l'occasion de l'épisode de violences urbaines (27 juin - 7 juillet 2023)*, Paris.
- Jobard, Fabien (2015): *Die Aufstände in Frankreich: Politisierungsformen des urbanen Elends*, in: Ellen Bareis/Thomas Wagner (Hrsg.): *Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtproduktion 'von unten'*, Münster, Westfälisches Dampfboot, 240-260.
- Jobard, Fabien (2016): *Riot – warum denn riot? Gibt es keinen deutschen Begriff dafür?*, in: *uburban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 4, 131-142.
- Jobard, Fabien (2019): *Wie man Politik mit städtischer Gewalt macht*, in Fabien Jobard/Daniel Schönflug (Hrsg.): *Politische Gewalt im städtischen Raum*, Oldenbourg, De Gruyter, 35-58.
- Jobard, Fabien (2021): *Polizei und Bevölkerung in Frankreich: Eine Vertrauenskrise*, in: Eschenburg, Nicolas/Kaufmann, Stefan/Zoche, Peter (Hrsg.): *Vielfältige Sicherheiten. Gesellschaftliche Dimension der Sicherheitsforschung*, LIT-Verlag, 91-105.
- Jossin, Ariane/Tucci, Ingrid/Keller, Carsten/ Groh-Samberg, Olaf (2012): *Biographische Lebensentwürfe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund*, in: Mansel, Jürgen/Speck, Karsten (Hrsg.): *Jugend und Arbeit. Empirische Bestandsaufnahme und Analysen*, Juventa Verlag, 135-156.
- Lagrange, Hugues/Oberti, Marco (2006): *Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française*, Paris, Presses de Sciencespo.

Laumond, Bénédicte/Morisse, Shaïn (2023): Law and Order Politics: the Ticket to Success for Political Actors?, in: Drenkhahn, Kirstin/Jobard, Fabien/Singelstein, Tobias (Hrsg.): Impending Challenges to Penal Moderation in France and Germany: A Strained Restraint, London, Routledge.

Malthaner, Stefan (2023): Paradigmatische Gräben: Zum Verhältnis von Protest- und Gewaltforschung, *Forschungsjournal Soziale Bewegung* 36, 228-241.

Motta, Alessio (2023): Logiques de la révolte, épisode 4, mobilisations.org, 9.11.

Mouhanna, Christian (2021): Reforms and Unexpected Events: The Influence of Terrorist Attacks on Policing Strategies, in: *Policing: A Journal of Policy and Practice* 15, 288-298.

Noûs, Camille (2019): Mobilisations policières, in: *Sociétés contemporaines* 116, 47-65.

Oberwittler, Dietrich/Roché, Sebastian (2022): How institutional contexts shape police-adolescent encounters with police. A study of France and Germany, in: *Comparative Policing Review* 32, 378-410.

Schelling, Thomas (1980): *The Strategy of Conflict*, Cambridge, Harvard University Press.

von Dömming, Eric/Pichl, Maximilian (2023): (II-)Legitime Proteste, (II-)Legitime Polizeigewalt, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegung* 36, 242-255.

Wall, Tyler (2020): The police invention of humanity: Notes on the ‚thin blue line‘, in: *Crime, Media, Culture, An International Journal* 16, 319-336.

Fabien Jobard, Directeur de recherche CNRS-Cesdip, 43, bd Vauban, 78280 Guyancourt, France. fabjob@cesdip.fr